

selbst haushaltsnahe Dienstleistungen für ihre Mitarbeitenden anbieten und zwar in Kooperation mit Dienstleistern.

Auf der Hand liegt auch, dass Haushalte, in denen Angehörige gepflegt werden, häufiger Haushaltshilfen benötigen. Mit Blick auf die steigende Zahl der Pflegebedürftigen fordert Dominik Enste für Deutschland endlich die Einführung einfacher Gutscheinmodelle. Damit sollen durch Subventionen stärkere Anreize für die Anmeldung von Haushaltshilfen gesetzt werden.

Andere Länder wie Frankreich und Belgien hätten bereits mit Gutscheinmodellen ver-

sucht, die Preise zu subventionieren oder gewährten wie Finnland oder Schweden deutlich höhere steuerliche Anreize mit bis zu 50 Prozent als Deutschland (siehe dazu auch das Interview mit **Peter Hammer** vom Deutschen Hauswirtschaftsrat und **rhw management** 11/2023).

„Wir brauchen nicht nur künstliche Intelligenz, sondern auch eine gute Dienstleistungsinfrastruktur, gerade im Hinblick auf die nächsten Jahre, wenn uns die Babyboomer auf dem Arbeitsmarkt fehlen werden. Es ist Zeit zu handeln“, so das Fazit von Uta Meier-Gräwe.

● **Alexandra Höß/Robert Baumann**



Peter Hammer ist Politikwissenschaftler und seit sechs Jahren Sektionssprecher „Haushaltsnahe Dienstleistungen“ im Deutschen Hauswirtschaftsrat. Diese Sektion tritt für eine bessere Anerkennung und Etablierung haushaltsnaher Dienstleistungen in der Gesellschaft ein. rhw management befragte Peter Hammer zu den Themen Schwarzarbeit und Gutscheinsysteme.

„Ein bisschen fördern reicht nicht“

Herr Hammer, in Spanien werden illegal eingereiste Haushaltshilfen aus Lateinamerika, die in den Haushalten wie eine Art Leibeigene gehalten werden, stillschweigend geduldet. Gibt es so etwas in Deutschland auch?

Nein, so etwas habe ich in der Form noch nicht mitbekommen. Was wir wissen über Haushaltshilfen ist, dass sie zu 80 Prozent weiblich sind und darunter sind natürlich auch Personen mit Migrationshintergrund. Es gibt auch Inhouse-Beschäftigte, die rund um die Uhr in den Haushalten arbeiten. Das ist zwar auch problematisch, aber diese kommen in der Regel nicht illegal nach Deutschland und sind damit auch nicht so abhängig wie die spanischen Haushaltshilfen. Das größte Problem ist jedoch, dass die Schwarzarbeit in diesem Sektor in Deutschland extrem weit verbreitet ist.

Die Schwarzarbeit sollte ja mit einem Gutscheinsystem zur Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen bekämpft werden, das steht auch im Koalitionsvertrag der derzeitigen Regierungskoalition. Doch ist dies bei der derzeitigen Haushaltslage überhaupt noch vorstellbar?

Grundsätzlich hält die Regierung am Gutscheinsystem fest. Wir hören aus dem Arbeitsministerium, dass die technische Umsetzung in Form einer App geprüft wird. Doch wir nehmen auch wahr, dass sich nicht genug bewegt. Durch die aktuelle Haushaltslage ist die Situation natürlich schwieriger geworden. Wenn wir vom Ende der Energiepreispbremse, der E-Auto-Prämie und vom Ende des reduzierten Mehrwertsteuersatzes seit 2024 für Speisen in der Gastronomie hören, sind dann noch die 1,6 Milliarden Euro für die Förderung der haushaltsnahen Dienstleistungen da?

Hier ist zu bedenken, dass die Politik erstmal nur die Kosten sieht, aber eigentlich sind dies lohnende Investitionen in die Zukunft, die sich für den Staat auszahlen! Bei einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit fallen Steuern und Sozialabgaben an, die zurück in die Staatskasse fließen. Und die regulär beschäftigten Haushaltshilfen zahlen in ihre Rente ein und haben damit ein geringeres Armutsrisiko im Alter.

Andere Länder wie Frankreich, Schweden und Belgien haben solche Fördermodelle ja schon längst eingeführt ...

Ja und dort hat man die Schwarzarbeit auch beträchtlich senken können, zwar nicht auf null, aber auf 30 bis 50 Prozent. Allerdings zeigt sich auch bei Modellversuchen, die in Deutschland gemacht wurden: in dem Moment, in dem die Förderung wieder ausläuft, ist die Schwarzarbeit wieder attraktiver.

Deshalb sagen wir auch, dass der geplante Zuschuss für private Haushalte in Höhe von

40 Prozent der Dienstleistungskosten nicht reicht. In unserem Positionspapier zu diesem Thema aus dem Jahr 2022 heißt es, der Zuschuss sollte 50 Prozent betragen. Bei einer Bezuschussung von nur 40 Prozent bliebe bei den marktüblichen Preisen für den Privathaushalt ein Eigenanteil von rund 20 Euro pro Stunde. Dieser Eigenanteil liegt damit deutlich über dem Wert einer illegalen Dienstleistungsstunde in Höhe von rund 12 bis 16 Euro. Eine legale Beschäftigung wird für private Haushalte aber nur dann attraktiv, wenn sie den gleichen Preis dafür bezahlen wie auf dem Schwarzmarkt. Der Zuschuss muss außerdem dringend an eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung geknüpft werden. Neben staatlichen Zuschüssen sind steuerlich geförderte Arbeitgeberzuschüsse als Instrument gegen den Fachkräftemangel sinnvoll. Aus unserer Sicht ist es so, dass ein bisschen fördern nicht reicht, man muss richtig fördern.

In dem von Ihnen angesprochenen Positionspapier aus dem Jahr 2022 heißt es auch, dass eine Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen mit einer Image-Kampagne einhergehen muss. Wie ist denn hier der aktuelle Stand?

Wir glauben, dass wir eine Image-Kampagne brauchen, und zwar einmal, um potenzielle Fachkräfte für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse im Privathaushalt zu gewinnen. Und zum anderen auch, um die privaten Haushalte selbst von legalen, geförderten Dienstleistungen zu überzeugen.

Das Kompetenzzentrum Professionalisierung und Qualitätssicherung haushaltsnaher Dienstleistungen (PQHD) hat zur Umsetzung einer Image-Kampagne bereits eine Expertise anfertigen lassen. Der Deutsche Hauswirtschaftsrat ist als Partner einbezogen und aktuell laufen die Vorbereitungen für die Kampagne, die noch in diesem Jahr starten soll.

Vielen Dank für das Gespräch!

● **Interview: Alexandra Höß**